

te.
gen-
deits
gera
m
ridit
stere-
berfe
ma
u
it in
bez

Bezugspreis

Der Halle wochentliches des wochentlichen
Anzahlung 2,50 RM, und die Post
2,25 RM, einseitig Zahlungsgeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im südlichen Zeitung-Bereich
unter „Soale - Zeitung“ angenommen.
Bei amertung eingehende Anstifter
wird kein Gewähr übernommen.
Kundens nur mit Zahlungsgeld
„Soale - Zeitung“ geiztet.
Obersprecher der Schriftleitung Nr. 119
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
am Rosenmontag-Abteilung Nr. 118.

Morgen-Ausgabe.

Soale-Zeitung.

Abendüberlieferter Jahrgang.

Anzeigen

werden bis 6 gellenen Anzeigeb
derer Raum mit 80 Pfg be
rechnet und in anteren Anzeigeb
und allen Anzeigen - Gebühren an-
genommen. Reklamen der Zeile 1 RM.
Schluss der Anzeigeb: am
11 Uhr, in der Sonntagmorgen
abends 6 Uhr.
Ertheilen täglich prompt
Sonntags und Montag einmal.
Schriftleitung und Haupt - Geschäfts-
stelle: Halle, Or. Straubenstraße 17;
Rezeptionsstelle: Markt 24

Nr. 343.

Halle, Sonnabend, den 25. Juli

1914.

Der österreichisch-serbische Konflikt.

Vor dem Krieg. — Die österreichische Note an die Mächte. — Im ungarischen Abgeordnetenhause. — Die militärische Lage. — Die Wirkung des Ultimatus in Europa.

Vor dem Kriege.

Wien, 24. Juli. Hier verläutet, daß Kaiser Franz Josef noch im Laufe des heutigen Tages aus Jßth nach Wien zurückkehrt und abends einen Kronrat abhalten wird, an dem die beiden Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und Tisza, die beiden Landwehrminister sowie Kriegsminister Ritter Krotzkin und Generalstabschef Jöhannik teilzunehmen werden.

Das serbische Militärblatt „Bleimont“ prägt die Sentenz: „Der Krieg gegen Oesterreich würde eine Erlösung sein.“ Das Blatt hat damit nicht zu unredet. Gewiß, eine Erlösung, aber eine Erlösung für Oesterreich, schwerlich für Serbien. Das nergist das Blatt hinzuzufügen. Aber die Stimmung, die mit solchen Aeußerungen erzieht wird, wird kaum zum Nachgeben geneigt sein. Dennoch muß man auch mit dieser Möglichkeit rechnen. Was denn? Ist nach all den Reibungen, nach den vielen diplomatischen Niederlagen, nach dem ewigen Einkicken Serbiens im letzten Augenblick, — ist jetzt noch ein friednachbärlisches Verhältnis zur Monarchie denkbar? Bleibt nicht an Keß des Falles zurück, der sich nie beruhigt und nur auf die Gelegenheit des Ausbruchs wartet? Der österreichisch-serbische Konflikt ist in eine politische Sackgasse geraten. Man hat den Glauben an eine friedliche Beilegung verloren, da er immer und immer wieder enttäuscht wurde. Ein neuer Monat gibt es Ruhe und dann ist wieder der Konfliktstoff da. Es gibt gewisse politische Situationen, aus denen selbst der genialste Staatsmann keinen Ausweg findet. Dann hat eben der General das Wort, und die entscheidende Gewalt des Krieges wird — zur Erlösung.

Truppeneinberufung.

Wien, 24. Juli. Wie die „Südeuropäische Korrespondenz“ aus bester Quelle erfährt, sind die für die Manöverübungen des Heeres zu Ende August vorgesehenen Einberufungen der übungsplüchtigen Reservisten bereits in den letzten Tagen zur vorzeitigen Ausgabe gelangt. Zu den diesjährigen Manöverübungen der österreichisch-ungarischen Truppenteile sind 185 000 Einberufungsbescheide bestimmt.

Ausgangsbestand in Oesterreich.

Budapest, 24. Juli. Ministerpräsident Graf Tisza wird heute im Abgeordnetenhause den Beschluß des gestrigen ungarischen Ministerrats verkünden, daß der Gesandtschaft 60 vom Jahre 1912 in Geltung tritt, der über Ausnahmeverfügungen zur Zeit kriegerischer Verwicklungen handelt. Dieses Gesetz wurde vor zwei Jahren anlässlich der Balkankrise für alle Fälle parlamentarisch erledigt, es wurde jedoch damals nicht durchgeführt. Der Umstand, daß die Regierung sich jetzt zur Durchführung dieses Gesetzes entschlossen hat, beweist den hohen Ernst der Lage.

Paschitsch wieder in Belgrad.

Belgrad, 24. Juli. Das „Brestbureau“ meldet: Ministerpräsident Paschitsch ist heute früh nach Belgrad zurückgekehrt.

Rußland berät die auswärtige Lage.

Petersburg, 24. Juli. Heute nachmittag findet eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats statt, in der über die auswärtige Lage beraten werden soll.

Die Antwort Serbiens — ein Protest an die Großmächte.
Brag, 24. Juli. Nach Informationen, die hiesigen höchsten Politikern zugegangen sind, wird die Antwort Serbiens auf die österreichisch-ungarische Note in einem Protest an die europäischen Großmächte bestehen.

Oesterreich-Ungarns Erklärung an die Mächte.

Wien, 24. Juli. Die kaiserlichen und königlichen Botschafter in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei wurden von der Regierung beauftragt, den Inhalt der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der sie beabsichtigt sind, und folgendes hinzuzufügen:

Am 31. März 1908 richtete die serbische Regierung an Oesterreich-Ungarn eine Erklärung, deren Wortlaut oben wiedergegeben ist. Seit am Tage nach der Erklärung lenkte die Politik Serbiens in die Wege ein, die dazu führten, bei den serbischen Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen zu erwecken und dadurch die Positionen jener Gebiete von Oesterreich-Ungarn vorzubereiten, die an Serbien angrenzten. Serbien wurde der Vort einer nordwestlichen Mission. Es bildeten sich Vereine und Vereinigungen, die — sei es vor aller Welt, sei es im Geheimen — dazu bestimmt waren, auf dem österreichisch-ungarischen Territorium Unruhen hervorzurufen. Diese Vereine und Vereinigungen wählten zu Mitgliedern Generale, Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, mit einem Worte führende Persönlichkeiten der öffentlichen und militärischen Welt des Königreichs. Die serbische Presse leitete fast vollständig im Dienste dieser gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Propaganda. Kein Tag verlebte, ohne daß die Organe der serbischen Presse die Verleumdung, ohne daß die Organe der serbischen Presse die Verleumdung der monarchie oder zur Verächtlichmachung der Nachbarmonarchie oder zur Attentats aufreizen, die mehr oder minder offen gegen die Sicherheit und Integrität der letzten gerichtet sind. In Anbetracht von dem in demselben Sinne die Mission gegen Oesterreich-Ungarn mit allen Mitteln zu fördern und die Jugend in dem an Serbien angrenzenden österr-

reichisch-ungarischen Gebiete zu verführen. Der Geist der Verschwörung, der die politisierenden Kreise Serbiens beherrschte und der seine blutigen Spuren in den Annalen der serbischen Geschichte hinterlassen hat, ist seit der letzten Balkankrise im Anschluß geblieben. Mitglieder von Bänden, die bisher in Mazedonien Beschäftigung fanden, zettelten sich der territorialen Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn zur Verfügung. Die serbische Regierung sah sich nicht genötigt, gegen diese Umtriebe, denen Oesterreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt gewesen ist, irgendwas einzuführen. Die serbische Regierung tat jedoch ihrer heillosen Erklärung vom 31. März 1908 nicht Genüge und setzte sich fortgesetzt in Widerspruch mit dem Willen Europas und der Oesterreich-Ungarn gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Die Langsam, welche die österreichisch-ungarische Regierung der herausfordernden Haltung Serbiens gegenüber beobachtete, war darauf zurückzuführen, daß sie sich frei von territorialen Eigenwünschen wählte und die Hoffnung nicht aufgab, daß die serbische Regierung die Freundschaft Oesterreich-Ungarns schließlich beizubehalten werde. Die österreichisch-ungarische Regierung alaubte, daß ihre wohlwollende Haltung gegenüber den politischen Interessen Serbiens das Königreich endlich doch zu beruhigen würde, die gleiche Haltung zu beobachten. Oesterreich-Ungarn erwartete eine solche Evolution der politischen Ideen in Serbien, insbesondere als nach der Ereignissen von 1912 die österreichisch-ungarische Regierung durch eine desinteressierte, von jedem Hebelnollen freie Haltung eine bedeutende Veränderung Serbiens möglich machte. Das dem Nachbar letzters Oesterreich-Ungarns befreundete Wohlwollen änderte jedoch die Veranlassung des Königreichs nicht, das fortzuführen, auf seinem Territorium eine Propaganda zu bilden, deren traurige Folgen am 28. Juni 1914 der ganzen Welt offenbar wurde, da der Thronfolger der Monarchie und seine erlauchte Gemahlin der in Belgrad entzündenden Verschwörung zum Opfer fielen. Bei dieser Lage der Dinge sah sich die österreichisch-ungarische Regierung genötigt, einen neuen, dringenden Schritt in Belgrad zu unternehmen, um die serbische Regierung dazu zu bringen, einer Bewegung Einhalt zu gebieten, welche die Sicherheit und Integrität Oesterreich-Ungarns bedroht. Die österreichisch-ungarische Regierung ist überzeugt, sich dabei in vollem Einklang mit den Gefühlen der zivilisierten Nationen zu befinden, die nicht ausweichen könnten, daß der Königsmord zu einer Waffe wird, der man sich am ehesten in politischen Kämpfen bedienen dürfte, und daß der Friede Europas unangenehm durch Umtriebe gefährdet werde, die von Belgrad ausgehen. Zur Unterstützung des Gesagten hält die Regierung ein Dossier bereit, das über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Mord am 28. Juni aufklären wird.

Der ungarische Ministerpräsident im Abgeordnetenhause zu Lage.

Budapest, 24. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte der Ministerpräsident Graf Tisza: Der Schritt Oesterreich-Ungarns bedarf keiner Rechtfertigung. Es müßte vielmehr erklärt werden, warum der Schritt erst jetzt erfolgt. Wir wollten abwarten, bis die Unterjochung in Serbien über gewisse Umstände vollständige Klarheit schaffte, und wie wollen den Anschein vermeiden, als ob Leidenschaft oder unberechtigte Entrüstung uns geleitet haben. Der Schritt ist vielmehr nach reiflicher Überlegung unternommen worden. Der Schritt ist keineswegs aggressiv, noch bedeutet er eine Provokation, da wir in der Note nichts anderes fordern, als was Serbien aus natürlichen nachbarlichen Pflichten gemäßen muß. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir Krieg suchen. Wir sind vielmehr bis zur äußersten Grenze der Geduld gegangen. (Sehrlebe Zustimmung.) In der Überzeugung, daß der Schritt die Lebensinteressen der Monarchie und der ungarischen Nation gefördert wurde, werden wir die gesamten Konsequenzen tragen. (Langanhaltender lärmlicher Beifall.) Die Mitglieder der Regierungspartei erhoben sich von ihren Sitzen und brachten dem Ministerpräsidenten Ovationen dar.

Darauf ergriff Graf Andrássy namens sämtlicher Fraktionen der Opposition das Wort und erklärte, daß die Beziehungen zu Serbien unahaltbar geworden seien. In dem Maße, als Serbien Erfolge und eine territoriale Vergrößerung erlangen habe, sei der Haß gegen die Monarchie gewachsen. Graf Andrássy behielt sich eine Kritik der auswärtigen Politik vor, erklärte jedoch, daß in diesem Augenblicke die Opposition trotz ihres prinzipiellen Gegenstandes zur Regierung ihre patriotische Pflicht voll und ganz erfüllen werde. Er hoffe, daß dieses Beispiel für jeden Ungarn maßgebend sein werde. Zum Schluss erwiderte Graf Andrássy das Haus, sich zu vertagen. Nach der Pause, die der Präsident daraufhin anordnete, erklärte der Präsident, daß, falls die auf der Tagesordnung stehende Geschlechtsworte heute erledigt würde, er keine neuen Gegenstände auf die Tagesordnung stellen würde.

Wenn der Krieg ausbricht.

Oesterreich grenzt an zwei Seiten an Serbien: im Norden und im Westen. Im Norden sind die beiden Länder durch die Donau getrennt. Die gemeinschaftliche Grenze hat eine Ausdehnung von 250 Kilometern und erstreckt sich von Raab im Westen über Mitrovitz-Semlin-Belgrad bis nach Drowa am Rumanien heranreicht. Bei Raab nach die Grenze einen rechten Winkel und geht direkt nach Süden auf eine Länge von 150 Kilometern. Hier grenzen Bosnien und Serbien aneinander. Alsdann geht die Grenze wieder nach Westen entlang des früheren Kandidat Novi Pazar und des Königreichs Montenegro, während im Norden die Donau einen

festen Abfluß bildet, steht im Westen eine solche scharfe Linie.

Infolge dieser Lage ist Oesterreich imitande, von zwei Seiten in Serbien einzumarschieren: sowohl von Norden über die Donau, wie von Westen von Bosnien her. Dies hat den großen Vorteil, daß dadurch eine Verteidigungsstellung der Serben hinter der Donau von Anfang an umgangen und in der Fronte bedroht ist. Durch ihre große numerische Überlegenheit sind die Oesterreicher auf vollkommen in der Lage, diesen Vorteil auszunutzen. Es ist deshalb anzunehmen, daß der österreichische Aufmarsch in zwei Gruppen stattfinden: die nördliche als Hauptgruppe hart an der Donau etwa bei Semlin, die westliche — eine schwächere Gruppe — in Bosnien nördlich von Cetina. Es ist aber ferner notwendig, daß diese Gruppe ihre rechte Flanke sichert gegen ein serbisches Vorgehen aus dem alten Sandjak, und wenn es auch nur mit Streifkorps geschehen sollte und von Montenegro her, das es sich noch gar nicht überlegen läßt, wie sich dieser Staat verhalten wird, und ob er sich nicht verjüngen wird, sich in Erinnerung zu bringen, in der Hoffnung, irgend eine kleine Kompensation zu erhalten. Dieser österreichische Aufmarsch kann aber zunächst sehr langsam gehalten werden und lediglich in einer verstärkten Grenzsicherung mit dahinter bereit gehaltenen Reservern bestehen.

Entschieden sich Oesterreich aus der geschützten Lage zum Vormarsch nach Serbien, so hat die Nordgruppe zunächst die Donau zu überschreiten, und zwar möglichst weitest möglich des Heides. Die Donau hat eine Breite von über 1000 Meter, bei einer Tiefe von 7,50—10 Meter. Es ist also ein bedeutendes Hindernis. Aber wie die Kriegsgeschichte lehrt, ist es immer fähiger und entschlossener Anstrenger bisher noch immer möglich gewesen, einen solchen Übergang auszuführen. Die notwendigen Vorbereitungen dazu werden wohl jetzt langer Zeit getroffen sein. Eine wesentliche Unterstützung werden die österreichischen Donaukorps mit Belgrad, die serbische Hauptstadt, sein. Ihre Besetzung würde einen großen politischen Einbruch machen. Zwar ist Belgrad befestigt, ihre Werte aber sind veraltet und ohne jeden Wert. Sie können mit weittragenden Geschützen schon von österreichischen Ufer eingeschlagen werden. Sollten aber die Serben trotzdem hinter der Donau hartnäckigen Widerstand leisten, so würde der Vormarsch der österreichischen Gruppen die notwendige Unterstützung für den österreichischen Angriff bringen.

Der Vormarsch dieser Gruppe wird durch das Gelände wenig begünstigt, da die Ebene abgibt und nur schlechte Verbindungen aufweist. Die österreichischen Truppen sind aber für den Gebirgskrieg besonders ausgerüstet, so namentlich auch mit leichten und wirtungsvollen Gebirgsgeschützen. In Bosnien sind die Truppen auch im Gebirgskrieg sehr gut ausgebildet. Wer es nicht gerade eine große Gebirgskriegsübung, der der ermordete Thronfolger beinahe wollte. Immerhin müssen sich die Oesterreicher auf einen langsamen und mühsamen und lärmigen Gebirgskrieg gefaßt machen, bei dem mit dem Widerstande aller Einwohner gerechnet werden muß. Es ist sehr leicht möglich, daß sich trotzdem ein allgemeiner Volkstrog entwickelt. Es wird jedenfalls notwendig sein, daß die Oesterreicher von Anfang an mit sehr starken Kräften auftreten. Nur bei einer großen Überlegenheit können sie darauf rechnen, erfolgreich vorzudringen. Es ist fraglich, ob es die Serben auf einen hartnäckigen Kampf an der Donau ankommen lassen werden und ob sie es nicht vorziehen werden, selbst unter Preisgabe von Belgrad, dieses nur langsam zu halten und ihre Hauptkräfte weiter rückwärts zu sammeln. Wenn sie geschickt geführt werden, bietet sich ihnen dann vielleicht die Gelegenheit, aus ihrer rückwärtigen Verankerung gegen die Oesterreicher offensiv vorzugehen, wenn diese mitten im Donauübergang begriffen sind. Es könnte ihnen dann gelingen, an einer Stelle eine Überlegenheit zu vereinigen. Voraussetzung dafür ist, daß der Übergangspunkt der österreichischen Truppen rechtzeitig erkannt wird und daß das serbische Heer so manövrierfähig ist, daß es diese günstige Lage auch wirklich ausnützen kann.

Der serbische Heer.

Wenn auch Oesterreich militärisch Serbien überlegen ist, so dürfen die Schwierigkeiten eines Krieges gegen Serbien doch nicht unterschätzt werden. Der jetzige Stand des serbischen Heeres wird starke Kräfte der Monarchie binden. Infolge der durch den letzten Balkankrieg herbeigeführten territorialen Vergrößerung ist auch das Heer bedeutend vermehrt worden. Während früher der Friedensstand nur etwa 30 000 Mann und der Kriegszustand nicht ganz 200 000 Köpfe betrug, zählt das Heer im Frieden jetzt etwa 80 000 Mann und das Feldheer 200 000 Mann, mit den Formationen zweiter Linie 500 000 Mann. Die gleich nach dem Kriege eingeleitete Reorganisation des Heeres ist mit großer Energie durchgeführt und auf demselben noch besandt worden. Als sehr wichtiges Moment kommt ferner in Betracht, daß der größte Teil der Offiziere und Mannschaften Kriegsgewohnt ist und sich im letzten Krieg sehr gut bewährt hat. Die Stimmung des ganzen Volkes ist gegen Oesterreich gerichtet, und die Arme wird mit Begeisterung gegen diesen Staat zu Felde ziehen. Nach den letzten Nachrichten haben die Serben bereits seit einiger Zeit Reservisten einbezogen und sich auf den Krieg vorbereitet. Es ist daher sicher, daß die Mobilmachung

des ganzen Heeres gatt verlassen wird. Das Soldatenmaterial, hauptsächlich aus Bayern bestehend, ist sehr gut. Der nach dem Kriege eingetretene Offiziermangel ist durch Uebertritt zahlreicher Reserveoffiziere behoben. Man erkennt aus diesen Darlegungen, daß die serbische Armee ein sehr beachtenswerter Faktor geworden ist.

Die öffentliche Meinung über Oesterreich-Ungarns Schritt.

Der Wunsch Deutschlands.

Aus Berlin wird geschrieben:

Die Entschloßung über „Krieg oder Frieden“ ruht jetzt bei Serbien. Es muß abgewartet werden, ob die allgemeinen Umstände oder die in der gestern überreichten Note spezifizierten Fälle der serbischen Regierung die Pflicht zum Abzusehen offenlegen werden. Man muß erwarten, daß die franko-serbische Allianz für Serbien einzuwirken gewillt sein wird, und sich so der Konflikt vermeiden kann. Deutschlands Wunsch geht dahin, daß der österreichisch-serbische Streit ein Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien bleibt, und wird in diesem Sinne seine Autorität und Gewicht werfen. Sollte jedoch durch andere Einflüsse die Sache sich zu einem europäischen Konflikt ausbilden, dann wird man sich nicht wundern, wenn Deutschland mit Rücksicht auf seine Stellung und auf Grund seiner Bündnispflichten aus seiner Reserve herausgeht.

Die Aufnahme der Note in Belgrad.

Belgrad, 24. Juli. Der Inhalt der Note der österreichisch-ungarischen Regierung hat in Belgrad den größten Aufsehen hervorgehoben. Es fand sofort ein außerordentliches Ministerrat statt, in dem die Note eingehend besprochen wurde. Ueber das Ergebnis der Ministerzusammenkunft wird das freigelegte Stillstehen eigen beobachtet. Auch in der Stadt selbst hat die österreichisch-ungarische Demarche die größte Sensation hervorgerufen. Fast in allen Kaffeekabins bilden sich Gruppen, die die augenblickliche Lage erregt besprechen und sich in heftigen Anreden gegen Oesterreich-Ungarn ergehen. Es kam auch verschiedentlich zu ernstlichen Demonstrationen gegen Oesterreich-Ungarn.

In Belgrad wundert man den Krieg herbeizuwünschen. Darauf deutet nicht nur der Umstand hin, daß Serbien seit dem Beginn der Kämpfe ein sehr aktives Verhalten gezeigt hat, sondern auch die Tatsache, daß die serbische Regierung die militärischen Maßnahmen, die vorgenommen werden, wie Preis und Privatversicherungen, die das beweisen. Es ist noch eine der häufigsten Meinungen, wenn das serbische Militärkabinett Wien nicht schreibt, der Krieg gegen Oesterreich würde eine Erlösung sein; die Aeußerungen anderer Blätter sind demgegenüber sehr zurückhaltend. In Serbien meint man eben bestimmt, auf die Hilfe Rußlands zu zählen, und auch die Friedensbedingungen in den Reden Bogdanovic und des Saren haben diese Meinung noch immer nicht zertrütert.

Der Einbruch der österreichischen Note in Wien.

Wien, 24. Juli. Die heftigen Artikel bezeichnen die in Belgrad überreichte Note der österreichisch-ungarischen Regierung in ruhiger und sachlicher Weise, und stellen fest, wie sie zwar ein sehr ernstes und energiegeladenes, jedoch noch kein Ultimatum im technischen Sinne sei, da in der Note nur Maßnahmen administrativer und rechtlicher Natur verlangt werden und bei deren Nichteinhaltung ein Marsch nach Wien nicht angedroht werden. Trotzdem sei es aber notwendig, daß die serbische Regierung die Note sofort aus eigenem Antrieb annimmt, ohne sich erst, wie nach der Annotation von Bosnien und der Herzegovina, durch die Grenzschritte oder durch Waffenstillstand dazu zwingen zu lassen.

Die „Zeit“ hebt als wichtigste Vorfrage die Haltung von Rußland hervor, die Demarche muß als eine österreichisch-ungarische Monarchie und Serbien betreffende Angelegenheit zu behandeln, dann dürfen kritische und ernste Komplikationen kaum zu erwarten sein. Ganz unabsehbare Konsequenzen würden sich aber ergeben, wenn Rußland an der Angelegenheit ein für die Aktion der Monarchie nicht freundliches Interesse nehmen sollte.

Die „Reichspost“ bemerkt, daß eine Freilassung Serbiens nicht zu rechnen, denn das Serbische Oesterreich-Ungarns ist zu selbstverpflichtend, als daß darüber noch lange debattiert werden könnte. Neben Versuch zur Verbesserung muß man als einen mangelhaften guten Willen auffassen. Da die Beilegung weiterer fördernd und verlegenden Einwirkungen auf unsere Grenzgebiete nur die Monarchie angeht, so kommt eine Vermittlung anderer Mächte gar nicht mehr in Betracht.

Das offizielle „Tendenzblatt“ kommentiert in seinem heutigen Leitartikel die Note der Monarchie an Serbien, und erklärt, es sei Serbien eine kurze Frist gestellt worden, da man die wirtschaftliche Krise, die die Ordnung in Oesterreich-Ungarn gefährdet, nicht lange andauern lassen könne. Keine Regierung der Welt könne anders handeln als die österreichisch-ungarische, welche es nicht dulde, daß ihre wirtschaftlichen Vergehen und ihre rechtliche Untertätigkeit durch die unerschütterlichen Mittel der serbischen Propaganda gefördert wird. „Wir hoffen“, sagt das Blatt, „daß Serbien bei ihm gegebenen Frist sich beugen wird. An anderem Willen, unsere Forderungen in der entscheidenden Weise durchzusetzen, kann es ebenso wenig zweifeln, wie an unserem Wunsch, daß ein friedliches Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien sich bilden möge.“

Die ansässige Presse und der österreichisch-serbische Konflikt.

London, 24. Juli. Die „Daily Mail“ schreibt u. a.: Die augenblickliche Situation zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien ist höchlich beunruhigend, man braucht aber nicht überflüssigen Optimismus und pessimistischer Besorgnis zu schwärmen. Es ist nicht das erste Mal, daß der „Große Krieg“ zwischen Oesterreich und Serbien auf dem Papier ausgedeutet wird, und die Spannung war mehrfach zu gewissen Zeiten des Balkankrieges schärfer als jetzt. Diese fortwährenden Reibungen hinterlassen jedoch zweifellos auf beiden Seiten eine gewisse Bestimmung, und zu dem Sinn der österreichischen Kriegspartei über die historischen Konflikte geleistete sich jetzt die Befürchtung eines großen Teiles der österreichisch-ungarischen Bevölkerung über die wachsende Macht Serbiens.

Frankenburger Stimmen.

Die Frankfurter Presse hat schon auf die ersten Mitteilungen über den Inhalt der Note hin eine scharfe Auffassung bekundet. Das „Journal“ schreibt: Wir finden uns einer antimilitarischen Bewegung gegenüber, der Rußland nicht gleichgültig aufsehen kann. Die Serben sind in 23 Tagen haben ihren Marsch hinausgeschritten. Durch die Forderung dieser einzelnen Bestimmungen ist die Monarchie bereits zweimal in existenzielle und politische Abenteuer hineingezogen worden. Die einzige Hoffnung einer friedlichen Lösung bleibt jetzt in der Weisheit Kaiser Franz Josephs.

Das „Echo de Paris“ erklärt: Unvergleichliche Zuschauer muß der Schritt Oesterreich-Ungarns auf uns höchste überlassen. Es ist unzulässig, daß ein Staat das Recht annimmt, sich in die nationale Bewegung eines Nachbarstaates hineinmischen zu dürfen. Es heißt dies, einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall schaffen, besonders für eine Monarchie wie Oesterreich-Ungarn, deren verhängnisvolle Nationalität der Bevölkerung aus mancherlei Gründen die stärkste ist.

Die „Action française“ sagt: Auf deutscher Seite scheint man Oesterreich-Ungarn Ermittlungen zu geben und sogar

nach aufzuheben. Die deutsche Presse bemerkt sich, so zeigen, daß der Dreierbund zu seiner Intervention geneigt ist. Sie weist auf die Schwierigkeiten hin, die England durch die Homerule-Angelegenheit im Ausbruch zu bewältigen hat, und verweist auf die beunruhigende Arbeiterbewegung in Petersburg. Die Lage wird dadurch noch ganz besonders verkompliziert.

Deutsches Reich.

Die Aufhebung des Bekennniszwanges in der badijschen evangelischen Landeskirche.

In der Mittwochsversammlung der evangelischen General-synode in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Landesgerichtspräsidenten Abel (Freiburg) fand eine Frage ihre Entscheidung, die seit längerer Zeit den evangelischen Teil des badijschen Landes und darüber hinaus den deutschen Protestantismus lebhaft beschäftigte, die Frage der Beseitigung des Bekennniszwanges. In Ausführung eines von der letzten General-synode vor fünf Jahren gefaßten Beschlusses hatte der evangelische Oberkirchenrat der seit drei Wochen tagenden General-synode den Entwurf eines neuen Kirchenbuches vorgelegt, in dem der bisherige Zwang für die Benutzung des Apokryphums bei Taufen oder ähnlichen gottesdienstlichen Handlungen aufgehoben ist. Die liberalen Geistlichen des badijschen Landes haben sämtlich die Möglichkeit, im Gottesdienst oder bei Taufen an Stelle des Apokryphums das sogenannte Biblikum, das heißt die von der General-synode genehmigte Aneinanderreihung von Bibeldialogen zu wählen. Für das neue Kirchenbuch, das also erstmals amtlich die Gleichberechtigung der Liberalen mit der positiven Richtung anerkennt, sprach sich die liberale Fraktion der General-synode einstimmig aus mit Ausnahme des Pfarrers Karl, der bei den letzten Landtagswahlen vorgeschlagen kandidiert hatte. Im Namen der Liberalen erhoben Bürgermeister v. Holländer (Mannheim) und Landdirektor Keller (Freiburg) gegen die von der Kirchenbehörde selbst vorgeschlagene Forderung des Bekennniszwanges energischen Widerspruch. Bei der Abstimmung wurde der Entwurf des neuen Kirchenbuches mit einer kleinen Mehrheit von drei Stimmen angenommen. Die Entscheidung, ob das neue Kirchenbuch trotz der starken Widerheit im Lande eingeführt wird, liegt nunmehr beim Großherzog als Landesbischof. Es erhebt aber nicht als fraglich, daß er seine Unterschrift zur Einführung des Jubiläumsgesetzes in den Kirchenbuch, das bereits seine Zustimmung zur Einbringung der Vorlage an die Synode erteilt hat. Wie man hört, wollen trotzdem die Positiven den Versuch machen, sich unmittelbar an den Großherzog zu wenden und ihn zu bitten, seine Unterschrift zu verweigern. Vermutlich stehen der badijschen Landesbischof schwere innere Kämpfe bevor. Auch mit Aussicht wird da und dort gerechnet werden müssen.

Die Abgeordneten-Kommission für das Fideikommissgesetz nahm Donnerstag die Berichtstellung über die Beschlüsse erster Lesung vor, an denen lediglich einige redaktionelle Veränderungen getroffen wurden. Der Berichtstellung selbst ging eine allgemeine Ansprache voran, in der von einem Kommissionsmitglied eine Denkschrift über das Ansehen der u. v. die geeignete Vorrichtung zur Befestigung der bauerlichen Bevölkerung bieten soll, verlangt wurde. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß die Vorarbeiten in dieser Richtung schon im Gange seien, daß sich aber die Fertigstellung der Denkschrift bis zum Beginn der zweiten Lesung (6. Oktober) nicht bewerkstelligen lasse. Ein Zentrumsvorredner legte noch einmal die Stellungnahme seiner Partei zu dem vorliegenden Gesetz dar, die dahin geht, daß das Zentrum seine Zustimmung nur nach der gleichzeitigen gesetzlichen Regelung des bauerlichen Fideikommisszwanges abhängig machen müsse. Darüber entspann sich eine längere Auseinandersetzung, in der schließlich die Regierung sich bereit erklärte, der Kommission bis zum Oktober eine tabellarische Uebersicht über die für die bauerlichen Besitzverhältnisse in den einzelnen Provinzen zuzuhändigen Gesetze vorzulegen.

Das neue Haftpflichtgesetz für Lehrer. Das Gesetz über die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen seiner Beamten vom 1. Aug. 1909 wird auf die Volksschullehrer und Lehrerinnen ausgedehnt. Die preussische Regierung hat bisher auf dem Standpunkt geblieben, daß der Staat für Lehrer keine Haftung übernehmen könne, daß dies die Pflicht der Kommunen sei, die die Volksschulunterhaltungsstellen zu tragen hätten; deshalb ist unterblieben die Interaktion der Lehrer unter das Gesetz, zumal das Zentrum einen Kompromissantrag (Ueberschneidung der Haftpflicht durch die Gemeinden) absahnte und die Meinung vertrat, nur der Staat könne haften. Als 1912 im Abgeordnetenhaus ein neuer Versuch unternommen wurde, beharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt. Auf Grund eines freirepublikanischen Antrages nahm der Landtag aber die Novelle an, wonach das Haftpflichtgesetz eines § 4 enthält, der auf Lehrer und Lehrerinnen eines Schulverbandes dem Gesetz unterstellt. Diese Novelle hat nunmehr, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, die Unterfertigung des Königs erhalten und ist somit Gesetz geworden.

Der funktionelle Moralunterricht in Bayern. Nach einem uns aus München zugehenden Drahtbericht hat die liberale Landtagsfraktion Freitag beschlossen, den Kultusminister wegen seines Erlasses, durch den der funktionelle Moralunterricht an den bayerischen Schulanstalten in Zukunft verboten worden ist, demnach zu interpellieren.

Die bayerische Wertzuwachssteuer gefallen. Der Gesetzesentwurf über die Wertzuwachssteuer wurde im bayerischen Finanzauschuß — wie ein Drahtbericht aus München meldet — mit allen Stimmen gegen drei des Zentrums endgültig abgelehnt.

Parteinachrichten.

Der sozialdemokratische Parteibericht. Im „Vorwärts“ wird die Beschlüsse des sozialdemokratischen Geschäftsberichts fortgesetzt. Von besonderem Interesse ist diesmal der Kaiserbericht, der ein Defizit von 316 352,04 Mk. ausweist. Es heißt darin wörtlich:

„Der Kassenschluß des Berichtsjahres muß als sehr ungünstig bezeichnet werden. Einer Ausgabe von 1 721 806,98 Mk. steht eine Einnahme von nur 1 405 454,94 Mk. gegenüber, so daß sich ein Defizit von 316 352,04 Mk. ergibt, zu dessen Deckung 123 558,38 Mk. dem Vermögen entnommen werden mußten und 192 798,66 Mk. dem Kassenschatz, der am Jahresbeginn um diesen Betrag niedriger war als am Beginn des Jahres. Da wir im

vorigen Jahre mit einem Ueberschuß von 394 168,75 Mk. abgeschlossen, bleiben wir in diesem Jahre um 710 518,79 Mk. hinter dem vorjährigen Abschluß zurück. Dieses unliebsame Ergebnis ist auf eine erhebliche Steigerung der Ausgaben und einen Rückgang der Einnahmen zurückzuführen.“

Hauptsächlich haben die Verlagsunternehmungen der Partei Mindererträge geliefert. Es sind die Einnahmen aus dem „Vorwärts“ von 277 757,34 Mk. zurückgegangen. Dieser Einnahmerückgang um fast eine Viertelmillion dürfte im wesentlichen auf die neubegründete Montagausgabe des sozialdemokratischen Zentralorgans zurückzuführen sein. Auch die „Vossische Zeitung“ und „K. Z.“ unter mehrererlei Gestalt des „Samburger Echo“ zu quittieren pflegt, weist einen Einnahmehausfall von 190 000 Mk. auf. Demgegenüber sind in den Ausgaben alle wesentlichen Posten gestiegen. Die allgemeine Agitation hat in diesem Jahre 413 710,11 Mk. (gegen 284 405,48 Mk. im Vorjahre) verschlungen, die Ausgaben für den Bildungsausschuß stiegen von 25 990,47 Mk. auf 51 674,50 Mk. und die der Wahlagitation von 74 044,25 Mk. auf 143 503 Mk. Der Posten „Gehälter und Bewoaltung“ weist eine Steigerung von 83 368,25 Mk. auf 155 160,20 Mk. auf.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser auf der Nordlandreise. Aus Balholm wird gemeldet: Donnerstag ist wegen andauernden Regens der übliche Morgenanflug fort. Der Kaiser nahm der Kaiser den Vortrag des Vertreters des Kaiserlichen Amtes entgegen, mit dem General Frhr. v. Fronting einen freundschaftlichen Vortrag. Als ihm gegen 1/2 Uhr der Kaiser aufgeführt hatte, begab sich der Kaiser mit einigen Herren des Gefolges zu einem ausgedehnten Spaziergang an Land.

Ausland.

Abschiedstrinksprüche in Petersburg.

Nach dem Frühstück begaben sich der Kaiser und Präsident Poincaré nach Peterhof und fuhren von dort um 6 1/2 Uhr abends an Bord der Yacht „Alexandria“ nach Kronstadt. Um 7 1/2 Uhr land an Bord des französischen Kanzerkoffers „France“ ein Diner statt. Dabei brachte Präsident Poincaré einen Trinkspruch aus, in dem er sagte: „Mein Land wird in den Beweisen der Aufmerksamkeit, mit denen ich überschattet worden bin, ein neues Interesse haben für die Beziehungen, die unser Volk immer Frankreich gegenüber gezeigt haben, und eine nachdrückliche Bestätigung des unauflösbaren Bündnisses, das Rußland und Frankreich eint. Gegenüber allen Fragen, die täglich an die beiden Regierungen herangetragen und die die verarbeitete Tätigkeit ihrer Diplomaten erfordern, ist es immer zu einer Uebereinstimmung gekommen und wird immer wieder dazu kommen, mit um so größerer Leichtigkeit, als die beiden Länder manchemal die Vorteile, die jedem von ihnen durch diese regelmäßige Zusammenarbeit verschafft worden sind, erfahren haben, und als sie beide das selbe Ideal des Friedens in Kraft, Ehre und Würde haben.“

In der Antwort des Kaisers hieß es u. a.: „Wenn Sie schon Frankreich zurückgeführt sind, so wollen Sie, bitte, Ihrem kaiserlichen Lande den Ausdruck treuer Freundschaft und herzlichster Sympathie ganz Rußlands überbringen. Das moralische Vorgehen unter beiden Armeen zu Lande und zu Wasser besteht, werden die Aufgaben unserer beiden Regierungen erleichtern, die dazu berufen sind, über die Interessen der beiden verbündeten Völker zu wachen, indem sie sich für das Friedensideal begeistern, das unsere beiden Völker im Bewußtsein ihrer Stärke sich gesetzt haben.“

Nach dem Diner an Bord des Dinerschiffes „France“, dem der Kaiser, die Kaiserin, die Großfürsten und die Großfürstinnen beiwohnten, ging das französische Geschwader um 10 1/2 Uhr nach Schweden in See.

Die Petersburger Entreise in russischer amtlicher Beleuchtung.

Petersburg, 24. Juli. Der Besuch, den der Präsident der französischen Republik (eben dem Kaiser von Rußland) gemacht hat, gab den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit, die vollkommene Gemeinschaft ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, vor welche die Sorge um den allgemeinen Frieden und für das europäische Gleichgewicht die Mächte namentlich im Orient stellt.

Seine Ergebnisse der Poincaréreise nach Petersburg.

Frankfurt a. M., 24. Juli. In einem Telegramm des „Frankf. Zig.“ wird u. a. gesagt: Für die internationale Politik wird durch den Besuch Poincarés keine unmittelbaren Ergebnisse zu erwarten; natürlich werden die französischen und die russischen Staatsmänner die säuberen Fragen geregelt und die Lage auf dem Balkan besprochen haben. Glaubwürdig wird dabei berichtet, daß Poincaré die augenblicklichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien ziemlich ruhig beurteilt. Die russische Diplomatie hält mit ihrem Urteil über diese Frage zurück. Sie dürfte aber im Falle einer Verschärfung des Konfliktes Serbien schon des Freizuges halber nicht ganz ungeduldet lassen.

Neue Straßenkämpfe in Petersburg.

Petersburg, 24. Juli. Nach amtlichen Mitteilungen betrug die Zahl der ausständigen Fabrikarbeiter und Arbeiter 135 000.

Ueber die Gründe des Streites wird dem Korrespondenten des „Petit Parisien“ von einem Arbeiterführer, dem Werkmüller Wassiljew, einem Angehörigen der Rautow-fabrik, folgendes erklärt: Wir verlangen weder für uns eine Gehaltserhöhung noch eine Verabreichung der Arbeitsstunden, wir verlangen nur Gerechtigkeit für die Petroeum-arbeiter in Bezug, die, als sie ihre Forderungen aufstellten, gleich mißhandelt wurden. Wir protestieren dagegen und erklären uns durch unseren Streik mit ihnen solidarisch.

Gewangnahme der Petersburger Streikleitung.

Petersburg, 24. Juli. Gestern vormittag fand eine Verammlung von 20 000 Arbeitern statt, in der das Streikkomitee die Parole für die nächsten Tage erteilen wollte. Die Obrigkeit hatte jedoch durch die Verhaftung sämtlicher Mitarbeiter der Arbeiterleitungen den Sitz des Streikkomitees erschlagen, das sie darauf aufhob. Sie verhaftete das aus 30 Arbeitern bestehende Komitee und beschlagnahmte sämtliche Papiere. Die Obrigkeit hofft nunmehr auf ein Abläufen des Streites. Diese Hoffnungen haben sich aber, wie aus der obigen Meldung hervorgeht, nicht bestätigt.

